

209079-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen – Polizei Pinneberg, Umsetzungskonzept Bauliche Neustrukturierung Liegenschaft Generalplanung für Objektplanung Ingenieurbauwerke und Verkehrsanlagen
OJ S 60/2026 26/03/2026
Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Land Schleswig-Holstein vertreten durch Gebäudemanagement Schleswig-Holstein AöR
E-Mail: E-Vergabe-Fbdl@gmsh.de
Rechtsform des Erwerbers: Regionale Gebietskörperschaft
Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Öffentliche Ordnung und Sicherheit

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Polizei Pinneberg, Umsetzungskonzept Bauliche Neustrukturierung Liegenschaft Generalplanung für Objektplanung Ingenieurbauwerke und Verkehrsanlagen
Beschreibung: Generalplanung für zwei Leistungsbilder: Objektplanung Ingenieurbauwerke Objektgruppen 1 (Honorarzone II), 2 (Honorarzone III), 4 und 7 (jeweils Honorarzone II)
Leistungsphasen 1-8 gem. § 43 HOAI und Objektplanung Verkehrsanlagen Honorarzone II Leistungsphasen 1 - 8 gem. § 47 HOAI, jeweils im Building Information Modeling, und Besondere Leistungen
Kennung des Verfahrens: 8a4c5945-8a19-40d4-a4b0-e6b34193a436
Interne Kennung: FG 2884 26D00120
Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren
Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen
Haupteinstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

2.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Pinneberg
Postleitzahl: 25421
Land, Gliederung (NUTS): Pinneberg (DEF09)
Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Fragen zum Verfahren sind schriftlich über die E-Vergabeplattform oder per E-Mail an E-Vergabe-Fbdl@gmsh.de zu stellen. Der Fragen- und Antwortenkatalog wird unter <https://www.meinauftrag.rib.de/public/DetailsByPlatformIdAndTenderId/platformId/7/tenderId/121015080> veröffentlicht.

Der ausgefüllte Teilnahmeantrag mit Anlagen ist in Textform mithilfe elektronischer Mittel über die E-Vergabepattform www.meinauftrag.rib.de einzureichen. Hierzu ist eine einmalige Registrierung erforderlich. Auf der E-Vergabepattform befindet sich zur jeweiligen Vergabenummer für den Teilnahmeantrag einschließlich aller Anlagen ein einziger Platzhalter. Über diesen ist der Teilnahmeantrag einschließlich aller Anlagen entweder als eine Gesamtdatei im PDF-Format oder als ZIP-Datei mit Ordnerstruktur hochzuladen. Bewerbungsgemeinschaften haben für ihre Bewerbung den Teilnahmeantrag des bevollmächtigten Mitglieds der Bewerbungsgemeinschaft einschließlich seiner Anlagen hochzuladen. Diesem sind die Teilnahmeanträge aller Mitglieder der Bewerbungsgemeinschaft als Anlagen beizufügen. Entsprechendes gilt im Fall der Eignungsleihe für die anderen Unternehmen.

Die geforderten Angaben, Erklärungen, Nachweise und sonstigen Unterlagen sind für alle Leistungsbilder vorzulegen, die Bestandteil der ausgeschriebenen Leistung sind. Bei der Erbringung von mehreren Leistungsbildern durch ein Unternehmen sind Anzahl der Beschäftigten, spezifischer Jahresumsatz und Referenzen separat für jedes Leistungsbild anzugeben. Soweit in dieser Bekanntmachung oder in den Vergabeunterlagen auf Formblätter verwiesen wird, sind diese zu verwenden. Geforderte Angaben, Erklärungen, Nachweise und sonstige Unterlagen sind dem Teilnahmeantrag als Anlage beizufügen, sofern diese im Formblatt Teilnahmeantrag II-1 nicht bereits enthalten sind. Zu jeder Anlage ist die Anlagennummer einzutragen. Am Ende des Teilnahmeantrags sind die Anlagen in der Reihenfolge aufzuführen, in der sie auf den vorherigen Seiten angegeben wurden.

Den Einzelbewerbern sind Bewerbungsgemeinschaften gleichgestellt. Jedes Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft muss seine Eignung für den Leistungsteil nachweisen, den es übernehmen soll. Bewerbungsgemeinschaften haben mit ihrem Teilnahmeantrag eine Eigenerklärung aller Mitglieder in Textform abzugeben, in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall erklärt ist, in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der für die Durchführung des Vertrags bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist sowie erklärt wird, dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt und dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften (Formblatt II-2 Erklärung der Bewerbungsgemeinschaft). Auf Verlangen der Vergabestelle ist eine von allen Mitgliedern handschriftlich unterzeichnete Erklärung abzugeben.

Beabsichtigt der Bewerber zur Erfüllung der Eignungskriterien die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch zu nehmen (Eignungsleihe), sind für jedes dieser anderen Unternehmen das Formblatt II-1 Teilnahmeantrag und die dort genannten Angaben, Erklärungen, Nachweise oder sonstigen Unterlagen - sofern diese in der Auftragsbekanntmachung für den Bewerber selbst auch gefordert sind - gemeinsam mit dem Teilnahmeantrag des Bewerbers einzureichen. Unabhängig von der Rechtsnatur der Verbindungen zu den anderen Unternehmen muss der Bewerber mit seinem Teilnahmeantrag die vorgesehenen Leistungen/Kapazitäten der anderen Unternehmen sowie die vorgesehenen anderen Unternehmen benennen (Formblatt II-3 Verzeichnis der Leistungen/ Kapazitäten anderer Unternehmen). Auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle ist der Nachweis, dass die Kapazitäten tatsächlich zur Verfügung stehen (z.B. mit dem Formblatt II-4 Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen), vorzulegen. Für den Fall, dass der Bewerber im Hinblick auf die Kriterien für die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit im Rahmen einer Eignungsleihe die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch nimmt, ist auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle eine Erklärung vorzulegen, wonach der Bewerber

gemeinsam mit anderen Unternehmen in dem Umfang haftet, in dem ihre Kapazitäten in Anspruch genommen werden.

Beabsichtigt der Bewerber Unteraufträge zu vergeben, ohne zur Erfüllung der Eignungskriterien die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch zu nehmen (keine Eignungsleihe), ist eine Vorlage des Formblatts II-1 Teilnahmeantrag und der dort genannten Angaben, Erklärungen, Nachweise oder sonstige Unterlagen für die Unterauftragnehmer grundsätzlich nicht erforderlich. Geprüft wird im Rahmen der Eignung nur die Eignung des Bewerbers. Der Bewerber hat jedoch als Anlage zum Teilnahmeantrag eine Eigenerklärung abzugeben, welche Teile des Auftrags an andere Unternehmen vergeben werden sollen. Auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle sind die Namen der Unterauftragnehmer zu benennen und der Nachweis, dass die Kapazitäten tatsächlich zur Verfügung stehen (z.B. mit dem Formblatt II-4 Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen), vorzulegen.

Gem. § 50 Abs. 3 VgV müssen Bewerber oder Bieter u.a. dann keine Eignungsnachweise beibringen, soweit die den Zuschlag erteilende Stelle bereits im Besitz dieser Nachweise ist. Dies kann dann der Fall sein, wenn Bewerber oder Bieter diese Nachweise bereits in einem früheren Vergabeverfahren eingereicht haben. Wollen sich Bewerber oder Bieter in einem laufenden Vergabeverfahren auf diese Verfahrenserleichterung berufen, so haben sie die Vergabenummer desjenigen Vergabeverfahrens anzugeben, in dem sie diese Nachweise eingereicht haben. Ohne Angabe der vorgenannten Vergabenummer kann auftraggeberseits nicht nachvollzogen werden, ob und welche Nachweise von den Bewerbern oder Bietern in früheren Vergabeverfahren vorgelegt wurden. Zu beachten ist, dass die Nachweise, auf deren Vorliegen sich Bewerber oder Bieter berufen, für das jeweilige Vergabeverfahren aktuell sein müssen.

Ausländische Bewerber können an Stelle der geforderten Eignungsnachweise auch vergleichbare Eignungsnachweise vorlegen. Sie werden anerkannt, wenn sie nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Staates, in dem das Unternehmen ansässig ist, erstellt wurden. Bestätigungen in anderer als deutscher Sprache sind in beglaubigter Übersetzung vorzulegen.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Korruption:

Betrug:

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung:

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten:

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit:

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung:

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter:

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren:

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen:

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels:

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften:

Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten:

Täuschung, Zurückhaltung von Informationen, Unfähigkeit zur Vorlage erforderlicher Unterlagen oder Erlangung vertraulicher Informationen zu dem Verfahren:

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen:
Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen:
Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen:
Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen:
Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Steuern:
Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs:
Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens:
Zahlungsunfähigkeit:

5. Los

5.1. Los: LOT-0000

Titel: Polizei Pinneberg, Umsetzungskonzept Bauliche Neustrukturierung Liegenschaft
Generalplanung für Objektplanung Ingenieurbauwerke und Verkehrsanlagen
Beschreibung: Durch das Land Schleswig-Holstein ist die Neustrukturierung der Gesamtliegenschaft des Polizeireviers in Pinneberg geplant. Die Neustrukturierung umfasst primär folgende Teilbaumaßnahmen: • TB Ia- Neubau einer Parkpalette • TB Ib- Neubau BTM- und Asservatenlager • TB II - Erweiterungsneubau mit Anbindung an das Bestandsgebäude • TB III - Sanierung des Bestandsgebäudes • TB IV - Infrastrukturmaßnahmen Tiefbau / Freianlagen • Teilmaßnahme A - Rückbau vorhandener Garagenstruktur inkl. Tankstelle • Teilmaßnahme B - Rückbau vorhandener Garagenstruktur inkl. Hundezwinger • Teilmaßnahme C - Vollumfängliche bauabschnittsweise Infrastrukturmaßnahmen Tiefbau / Freianlagen bezogen auf die Neugliederung der Liegenschaft +++++ Leistungen des Ingenieurbaus/der Verkehrsanlagen sind in der TB IV Infrastrukturmaßnahmen zugeordnet, welche vor-, parallel- und nachlaufend zu den einzelnen Teilbaumaßnahmen im Rahmen der bauabschnittweisen Umsetzung stattfinden. Bedingt durch die Komplexität der Baumaßnahme, der Vielzahl an Planungsschnittstellen, werden die Leistungsbilder Ingenieurbauwerke / Verkehrsanlagen zusammenhängend vergeben. +++++ Die Umsetzung des Bauprojektes erfolgt in der BIM Methode. +++++ In Anlage ist eine optionale Zeitschiene („22500038 Projektrahmenplan Polizei Pinneberg Index B“, „22500038 Lageplan Abfolge Bauabschnitte“) zu den baulichen Abläufen der einzelnen Teilbaumaßnahmen beigelegt. Die Abfolge kann sich jedoch im Rahmen der Planung noch ändern und ist nicht final festgelegt. +++++ I Bauabschnitt: • TB Ia - Neubau einer Parkpalette • Teilmaßnahme A - Rückbau vorhandener Garagenstruktur inkl. Tankstelle • Teilmaßnahme C - Vollumfängliche bauabschnittsweise Infrastrukturmaßnahmen Tiefbau / Freianlagen bezogen auf die Neugliederung der Liegenschaft +++++ Die Umsetzung der Parkpalette erfolgt über einen Generalunternehmer, durch welchen, bezogen auf seine Systembauweise, die Ausführungsplanung, sowie folgend die bauliche Umsetzung erfolgt. Durch die beteiligten Planer, wird das Projekt im Vorfeld bis einschließlich der Erstellung der funktionalen Ausschreibung erarbeitet. +++++ II. Bauabschnitt: • TB II - Erweiterungsneubau mit Anbindung an das Bestandsgebäude • Teilmaßnahme C - Vollumfängliche bauabschnittsweise Infrastrukturmaßnahmen Tiefbau / Freianlagen bezogen auf die Neugliederung der Liegenschaft +++++ Im Erweiterungsneubau wird maßgeblich das Polizeirevier Pinneberg verortet. Die Bedarfsplanung des Polizeireviers ist mit den Anlagen den Vergabeunterlagen beigelegt. Für den Erweiterungsbau liegt ein positiver Bauvorbescheid vor. +++++ III. Bauabschnitt: • TB Ib- Neubau BTM- und Asservatenlager • Teilmaßnahme B - Rückbau vorhandener Garagenstruktur inkl. Hundezwinger • Teilmaßnahme C - Vollumfängliche bauabschnittsweise Infrastrukturmaßnahmen Tiefbau / Freianlagen bezogen auf die Neugliederung der Liegenschaft +++++ Der Umsetzungsprozess erfolgt analog Parkpalette über einen Generalunternehmer. +++++ IV. Bauabschnitt: • TB III - Sanierung des

Bestandsgebäudes • Teilmaßnahme C - Vollumfängliche bauabschnittsweise Infrastrukturmaßnahmen Tiefbau / Freianlagen bezogen auf die Neugliederung der Liegenschaft +++++ Informationen zur TB IV - Vollumfängliche bauabschnittsweise Infrastrukturmaßnahmen Ingenieurbau bezogen auf die Neugliederung der Liegenschaft +++++ Übergeordnete allgemeine Informationen: Die bauliche Neustrukturierung der Liegenschaft und die damit verbundene Errichtung von Neubauten geht auch einher mit der gesamtheitlichen zukunftsorientierten Betrachtung der Medienversorgung und den damit verbundenen Sicherheitsanforderungen für eine Polizeiliegenschaft. In diesem Zusammenhang sind im Rahmen der Grundlagenermittlung / Vorentwurfsplanung übergeordnete Konzepte im Leistungsbereich des Ingenieurbaus und der Verkehrsanlagen zu entwickeln, auf deren Basis die Infrastrukturmaßnahmen umgesetzt werden. Hierzu ist folgende Vorgehensweise angedacht: 1. Neustrukturierung des Schmutz- und Regenwassernetzes (Leistungsbestandteil Ingenieurbau / Schnittstelle 1m Gebäude zu TGA) 2. Neustrukturierung Trink- und Löschwasserversorgung (Leistungsbestandteil Ingenieurbau / Schnittstelle 1m Gebäude zu TGA) 3. Neustrukturierung Fernwärmenetz / Netzanschluss (Leistungsbestandteil Ingenieurbau / Schnittstelle 1m Gebäude zu TGA) 4. Allgemeinstromversorgung / Sicherheitsstromversorgung (AV/SV) (informativ da Leistungsbestandteil TGA) 5. Netzwerkinfrastruktur / Nachrichtentechnik (informativ da Leistungsbestandteil TGA) 6. Brandmeldeanlage inkl. Netzwerk (informativ da Leistungsbestandteil TGA) 7. Außenbeleuchtung (informativ da Leistungsbestandteil TGA) +++++ Die TB IV erstreckt sich über die gesamte Projektlaufzeit (Bauabschnitte) und ist durch die Ingenieurbauplanung entsprechend zu kalkulieren. Allgemein: Detaillierte Informationen zum Projekt können informativ den Anlagen „Anlage Projektinformation Ingbau_Verkehr“, der „Anlage BIM“ sowie „Anlage Energie & Nachhaltigkeit“ entnommen werden. In der „Anlage Projektinformation Ingbau_Verkehr“ befindet sich weiterhin eine ausführliche Beschreibung der zu erwartenden Leistungsbilder Ingenieurbauwerke und Verkehrsanlagen. +++++ Das Projekt Polizei Pinneberg wird als Building Information Modeling (BIM) umgesetzt. Die Arbeitsmethode der Planung erfolgt anhand von 3 D Modellen. Aufgrund der Neuerungen der BIM-Methode sollen die Leistungen Gebäudeplanung, Technische Ausrüstung, Tragwerksplanung, Ingenieurbau/Verkehrsanlagen, Freianlagen und die BIM-Gesamtkoordination an freiberuflich Tätige vergeben werden. Grundlage für die Leistungsbilder ist die HOAI 2021. +++++ Geplante Termine: Planungsbeginn: 01.09.26, Fertigstellung LPH 2: Ende 1.Quartal 2027, Fertigstellung LPH 3 / FU Bau: Ende 4. Quartal 2027, Baubeginn: ab 2028, Bauende: Ende 4. Quartal 2033 +++++ Beauftragungen: stufenweise, Erstbeauftragung: LPH 1-2 HOAI +++++ Weitere Details sind den verfahrensbezogenen Vergabeunterlagen zu entnehmen.
Interne Kennung: FG 2884 26D00120

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Pinneberg

Postleitzahl: 25421

Land, Gliederung (NUTS): Pinneberg (DEF09)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 15/08/2026

5.1.5. Wert

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 266 000,00 EUR

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten

Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:freelance#

Über die in Abschnitt 5.1.9 genannten Erklärungen und Nachweise zu den Eignungskriterien hinaus sind mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen: 1.) Eigenerklärung darüber, dass die in § 123 Abs. 1-4 und § 124 Abs. 1 GWB genannten Ausschlussgründe auf den Bewerber nicht zutreffen. 2.) Erklärung zum Nichtvorliegen eines Bezugs zu Russland im Sinne der Verordnung (EU) 2022/576 mittels Formblatt „Eigenerklärung zu Aufträgen und Konzessionen oberhalb der EU-Schwellenwerte“

Hinweis für eine eventuelle Auswahlentscheidung nach § 51 Abs. 1 VgV: Sofern die Zahl der geeigneten Bewerber, die zur Abgabe eines Angebots aufgefordert und damit zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden, gemäß den Angaben in Abschnitt 5.1.9 begrenzt ist, erfolgt die Auswahl derjenigen Bewerber, die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden, mithilfe der „Arbeitshilfe Teilnahmewettbewerb Auswahlmatrix“ anhand der darin genannten Kriterien und über die darin beschriebene Wertungsmethode.

Stufenbeauftragung

Bindefrist 3 Monate

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Eignungskriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Allgemeiner Jahresumsatz

Beschreibung des Eignungskriteriums: Eigenerklärung über den jährlichen Gesamtumsatz des Bewerbers in den letzten 3 Geschäftsjahren (jahresweise).

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Spezifischer Jahresumsatz

Beschreibung des Eignungskriteriums: Eigenerklärung über den jährlichen Umsatz des Bewerbers in den letzten 3 Geschäftsjahren (jahresweise) für Leistungen, die dem hier ausgeschriebenen Auftragsgegenstand entsprechen, soweit dieser vom Gesamtumsatz abweicht

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Anteil der Unterauftragsvergabe

Beschreibung des Eignungskriteriums: Eigenerklärung, welche Teile des Auftrags der Bewerber unter Umständen an andere Unternehmen als Unteraufträge zu vergeben beabsichtigt. Hinweise zur Bewerbung mit Unterauftragnehmern: siehe Abschnitt 2.1.4 dieser Bekanntmachung und „Hinweise für Bewerbergemeinschaften, Eignungsleihe und Unteraufträge“ im Teilnahmeantrag (Formblatt II-1).

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Eignungskriteriums: Nachweis einer gültigen Berufshaftpflichtversicherung mindestens in Höhe von 3.000.000,00 Euro für Personenschäden sowie 1.000.000,00 Euro für sonstige Schäden oder eine verbindliche Erklärung des Haftpflichtversicherers, dass die bestehende Haftpflichtversicherung im Auftragsfall auf die geforderte Mindestdeckungssumme erhöht wird. In diesem Fall ist der Nachweis der ausreichenden Haftpflichtversicherung vor Erteilung des Auftrags nachzureichen.

Kriterium: Durchschnittliche jährliche Belegschaft

Beschreibung des Eignungskriteriums: Eigenerklärung über die durchschnittliche jährliche Beschäftigtenzahl des Bewerbers in den letzten 3 Jahren (jahresweise).

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Eintragung in das Handelsregister

Beschreibung des Eignungskriteriums: Nachweis über die Eintragung im Handelsregister oder in einem vergleichbaren Register (z.B. Partnerschaftsregister), soweit für den Bewerber erforderlich

Kriterium: Eintragung in ein relevantes Berufsregister

Beschreibung des Eignungskriteriums: Nachweis über die Eintragung im Berufsregister (z.B. Architektenliste, Liste der Beratenden Ingenieure), soweit für den Bewerber erforderlich.

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Geeignete Referenzen (mind. 3): Nachweis über die in den letzten 8 Jahren (Erbringungszeitraum) erbrachten wesentlichen Dienstleistungen unter Verwendung des Formblatts II-1-1 (Referenzen), das für jede Referenz gesondert und jeweils vollständig auszufüllen ist. Der Erbringungszeitraum wird zurückgerechnet vom Ablauf der Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge (Abschnitt 5.1.12). Als „erbracht“ gelten Dienstleistungen, bei denen die Leistungsphase (LPH) 7 im Erbringungszeitraum abgeschlossen und die LPH 8 im selben Zeitraum mindestens begonnen wurde.

Hinweise für eine etwaige Auswahlentscheidung

1. Für den Fall, dass der Bewerber mehr als 3 Referenzen einreicht, hat er im Formblatt Teilnahmeantrag II-1 die Reihenfolge anzugeben, in der die Referenzen im Zuge einer etwaig erforderlichen Auswahlentscheidung (§ 51 Abs. 1 VgV) berücksichtigt werden sollen.

2. Im Zuge der Auswahlentscheidung werden u.a. die im Formblatt II-1-1 Formblatt Referenzen gemachten Angaben zur Referenz mit dem ausgeschriebenen Objekt und den zu vergebenden Leistungen verglichen und bewertet (siehe „Arbeitshilfe Teilnahmewettbewerb Auswahlmatrix“), und zwar von 3 Referenzen (Reihenfolge nach Maßgabe der vorstehenden

Ziffer 1). Bewerber müssen bspw. damit rechnen, dass eine Referenz nicht die volle, sondern eine darunterliegende Punktzahl erhält, wenn die Referenzleistung zwar gem. den o.g. Anforderungen „erbracht“ (LPH 7 abgeschlossen und LPH 8 mindestens begonnen), insgesamt jedoch noch nicht beendet ist, bspw., weil die LPH 8 gerade erst begonnen wurde. Entsprechendes gilt bspw. für die Fälle, dass der Auftragswert der Referenzleistung weniger als 75 % des geschätzten Auftragswerts der zu vergebenden Dienstleistung beträgt, dass das Referenzobjekt in Bezug auf seine Planungsanforderungen (z.B. Honorarzone) hinter den Planungsanforderungen des ausgeschriebenen Objekts zurückbleibt oder dass die ausgeführte Referenzleistung einen geringeren Leistungsumfang aufweist als die zu vergebende Dienstleistung (z.B. in Bezug auf die erbrachten LPH). Die vorstehenden Wertungshinweise sind nicht abschließend und können im Einzelfall je Referenz mit entsprechenden Folgen für die zu erreichenden Punkte auch in Kombination angewendet werden.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Relevante Bildungs- und Berufsqualifikationen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Studien und Ausbildungsnachweise sowie Bescheinigungen über die Erlaubnis zur Berufsausübung für die Inhaberin, den Inhaber oder die Führungskräfte des Bewerbers.

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 5

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Qualität

Beschreibung: Die Qualitätskriterien sowie die Bewertungsmethodik werden im Formblatt „II-6-2 Zuschlagskriterien und Wertung“ beschrieben.

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 80

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Preis

Beschreibung: Die Bewertungsmethodik wird im Formblatt „II-6-2 Zuschlagskriterien und Wertung“ beschrieben.

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 20

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 22/04/2026 10:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.meinauftrag.rib.de/public/DetailsByPlatformIdAndTenderId/platformId/7/tenderId/121015080>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

Name: <https://www.meinauftrag.rib.de/public/DetailsByPlatformIdAndTenderId/platformId/7/tenderId/121015080>

URL: <https://www.meinauftrag.rib.de/public/DetailsByPlatformIdAndTenderId/platformId/7/tenderId/121015080>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe**Bedingungen für die Einreichung:**

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.meinauftrag.rib.de/public/DetailsByPlatformIdAndTenderId/platformId/7/tenderId/121015080>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 28/04/2026 10:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können einige fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Unvollständige Teilnahmeanträge und Angebote werden grundsätzlich vom Vergabeverfahren ausgeschlossen. Der Auftraggeber behält sich vor, die Bieter aufzufordern, fehlende, unvollständige oder fehlerhafte Unterlagen innerhalb einer angemessenen Frist nachzureichen, zu vervollständigen oder zu korrigieren (Nachforderung). Auf eine derartige Nachforderung dürfen die Bieter nicht vertrauen.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: 1.) Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten (§ 75 VgV, § 65 LBO SH). 2.) Bereitschaft zur Verpflichtung gemäß Verpflichtungsgesetz vom 02.03.1974, geändert durch § 1 Nr. 4 Gesetz vom 15.08.1974.

Elektronische Rechnungsstellung: Zulässig

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. Techniken**Rahmenvereinbarung:**

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Schlichtungsstelle: Gebäudemanagement Schleswig-Holstein AöR Nachprüfungsstelle Org.-Z. 812

Überprüfungsstelle: Vergabekammer beim Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus des Landes Schleswig-Holstein

Informationen über die Überprüfungsfristen: Das Vergabeverfahren unterliegt den Vorschriften über das Nachprüfungsverfahren vor den Vergabekammern (§ 155 ff. GWB). Gemäß § 160 Abs. 3 S. 1 GWB ist ein Nachprüfungsantrag unzulässig, soweit:

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 GWB bleibt unberührt,

2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Ein wirksam erteilter Zuschlag kann nicht aufgehoben werden (§ 168 Abs. 2 Satz 1 GWB). Ist der Zuschlag bereits erteilt, kann die Unwirksamkeit eines Vertrages nach § 135 Abs. 2 GWB nur festgestellt werden, wenn sie im Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen nach der Information der betroffenen Bieter und Bewerber durch den Auftraggeber über den Abschluss des Vertrags, jedoch nicht später als sechs Monate nach Vertragsschluss geltend gemacht worden ist. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im Amtsblatt der EU bekannt gemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der EU.

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt:
Gebäudemanagement Schleswig-Holstein AöR

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Land Schleswig-Holstein vertreten durch Gebäudemanagement Schleswig-Holstein AöR

Registrierungsnummer: t:04315990

Postanschrift: Küterstraße 30

Stadt: Kiel

Postleitzahl: 24103

Land, Gliederung (NUTS): Kiel, Kreisfreie Stadt (DEF02)

Land: Deutschland

E-Mail: E-Vergabe-Fbdl@gmsh.de

Telefon: +494315992300

Fax: +494315991520

Internetadresse: <http://www.gmsh.de>

Profil des Erwerbers: <https://www.gmsh.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer beim Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus des Landes Schleswig-Holstein

Registrierungsnummer: t:04319884640

Postanschrift: Düsternbrooker Weg 94

Stadt: Kiel

Postleitzahl: 24105

Land, Gliederung (NUTS): Kiel, Kreisfreie Stadt (DEF02)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer@wimi.landsh.de

Telefon: +49 431-988-4542

Fax: +49 431-988-4702

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0005

Offizielle Bezeichnung: Gebäudemanagement Schleswig-Holstein AöR Nachprüfungsstelle
Org.-Z. 812

Registrierungsnummer: t:043159900

Postanschrift: Küterstraße 30

Stadt: Kiel

Postleitzahl: 24103

Land, Gliederung (NUTS): Kiel, Kreisfreie Stadt (DEF02)

Land: Deutschland

E-Mail: E-Vergabe-Fbdl@gmsh.de

Telefon: +49 431-599-1112

Fax: +49 431-599-1119

Rollen dieser Organisation:

Schlichtungsstelle

8.1. ORG-0006

Offizielle Bezeichnung: Gebäudemanagement Schleswig-Holstein AöR

Registrierungsnummer: t:04315992300

Postanschrift: Küterstraße 30

Stadt: Kiel

Postleitzahl: 24103

Land, Gliederung (NUTS): Kiel, Kreisfreie Stadt (DEF02)

Land: Deutschland

E-Mail: E-Vergabe-Fbdl@gmsh.de

Telefon: +49 431-599-2300

Fax: +49 431-599-1510

Internetadresse: <http://www.gmsh.de>

Rollen dieser Organisation:

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0007

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: a5b75840-5ae9-4c68-b1b7-b49bc2128936 - 01
Formulartyp: Wettbewerb
Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Unterart der Bekanntmachung: 16
Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 25/03/2026 12:42:00 (UTC+01:00)
Mitteleuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit
Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch
Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 209079-2026
ABl. S – Nummer der Ausgabe: 60/2026
Datum der Veröffentlichung: 26/03/2026